

Fall «Carlos» hat Konsequenzen

Zürich. – Der Fall «Carlos» hat konkrete Auswirkungen: Der Zürcher Justizdirektor Martin Graf macht Schluss mit Luxusbehandlungen für straffällig gewordene Jugendliche. Die Massnahmen sollen künftig günstiger sein, Sonderwünsche gibt es keine mehr, auch Kampfsportausbildungen sollen nur noch in Ausnahmefällen möglich sein. Graf zeigte Verständnis für die Empörung in der Bevölkerung. Er versicherte aber, dass «Carlos» ein unschöner Einzelfall sei. (sda)

Nur die Fifa stört sich an «Lex Fifa»

Bern. – Korruptionsvorwürfe sollen künftig von Amtes wegen verfolgt werden. Die geplanten Gesetzesänderungen nehmen insbesondere grosse Sportorganisationen mit Sitz in der Schweiz ins Visier, etwa den Weltfussballverband Fifa, die Uefa oder das Internationale Olympische Komitee (IOK). In der Vernehmlassung stört sich die Fifa daran, dass die Revision «stark auf die Fifa fokussiert» sei. Sie spricht von einer «Lex Fifa», was rechtsstaatlich bedenklich sei. Das IOK dagegen ist zufrieden. (sda)

Prostituierte sollen sich wehren können

Bern. – Da Prostitution heute als sittenwidrig gilt, können Prostituierte den Lohn für ihre Dienstleistung nicht gerichtlich einfordern. Das soll sich ändern. Die Rechtskommissionen beider Kammern haben eine entsprechende Standesinitiative des Kantons Bern gutgeheissen. (sda)

Der Schweiz drohen schon bald Nachteile im Strommarkt

Die Gespräche mit der EU für ein Stromabkommen sollen im kommenden Jahr abgeschlossen sein. Gelingt dies nicht, muss die Schweiz als Drittland wohl mehr für EU-Strom bezahlen. Bei Stromknappheit würde sie nicht mehr beliefert.

Von Doris Kleck

Bern. – Es ist kein Geheimnis: Bundesrätin Doris Leuthard hätte lieber schon gestern als morgen ein Stromabkommen mit der EU abgeschlossen. Das Abkommen wird für das Gelingen der Energiewende als «sehr wichtig» eingestuft, wie es beim Bundesamt für Energie (BFE) heißt. Die Schweiz ist zwar bereits heute auf Stromimporte und damit auf den grenzüberschreitenden Handel angewiesen. Doch mit dem geplanten Atomausstieg wird diese Abhängigkeit verschärft. Der Ausbau erneuerbarer Energien verringert die Planbarkeit der Stromproduktion und steigert die Bedeutung des Handels.

Schweiz will kein Drittstaat sein
Etwas salopp ausgedrückt: Wo in Europa gerade viel Wind weht und deshalb Überkapazitäten an Strom bestehen, ist schwierig vorauszusagen. Die Schweiz strebt mit dem Stromabkommen eine maximale Versorgungssicherheit zu tiefstmöglichen Preisen an. Zudem haben Energieunternehmen mit ihren Speicherseen ein wirtschaftliches Interesse an einer optimalen Anbindung ans europäische Netz. Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 steht erst am Anfang des po-



Europäische Ebene: Der Strommarkt wird in der EU geplant. Ohne Abkommen läuft die Schweiz Gefahr, diskriminiert zu werden. Bild Jean-Christophe Bott/Keystone

litischen Prozesses. Dass Leuthard die Verhandlungen mit Hochdruck vorantreibt, hat indes einen triftigen Grund: Bis Ende 2014 soll der EU-Strombinnenmarkt vollendet sein. Ohne Abkommen wird die Schweiz zum Drittland – und das soll vermieden werden, wie BFE-Sprecherin Marianne Zünd sagt. Ziel sei, das Stromabkommen 2014 zu paraphieren. Allerdings: Paraphiert heißt lediglich, dass die Gespräche auf technischer

Ebene abgeschlossen sind. Ein Abkommen ist damit weder unterzeichnet noch ratifiziert und damit weit von der Inkraftsetzung entfernt.

Diskriminiert, ohne Mitsprache

Die vorsichtige Wortwahl des Bundesamtes hängt damit zusammen, dass die EU die Lösung der institutionellen Probleme zur Bedingung für neue Marktzugangsabkommen gemacht hat. Kurt Lanz, Leiter Infrastruktur,

Energie und Umwelt beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, hält es für wenig wahrscheinlich, dass das Abkommen wie erhofft bis Ende 2014 steht: «Damit wird eine stabile Rechtsgrundlage fehlen.» Technisch wird die Schweiz mit ihrem Stromnetz zwar in den Binnenmarkt integriert sein, auf rechtlicher Ebene entstehen aber Unsicherheiten und handfeste Nachteile.

Einerseits wird die Schweiz ohne Abkommen ab 2014 nicht mehr in den EU-Stromgremien mitreden können, wie der Bundesrat in seiner Botschaft zur Energiestrategie 2050 schreibt. Für Christian Zeyer, Leiter Energie, Klima und Strategie bei Swissclean-tech, ist die fehlende Mitsprache ungünstig, weil der Strommarkt auf europäischer Ebene gestaltet wird – auch wenn nicht zu erwarten sei, dass die EU die ganze Infrastruktur von heute auf morgen verändert.

Komplizierter und teurer

Andererseits hält es Zeyer für nicht ausgeschlossen, dass die Schweiz als Drittland mehr für EU-Strom bezahlen müsste. Lanz befürchtet, dass die Schweiz das erste Land wäre, das bei einer Stromknappheit in der EU nicht mehr beliefert würde.

Der Stromkonzern Axpo erwartet, dass die Schweiz mit Inkrafttreten des Binnenmarktes in zahlreichen Bereichen diskriminiert wird. Vorgesehen ist beispielsweise der Ausschluss von Drittstaaten bei kurzfristigen Handelsaktivitäten. Alpiq rechnet damit, dass der grenzüberschreitende Stromverkehr ohne Abkommen ab 2014 «komplizierter und teurer» wird und die Versorgungssicherheit abnimmt.

«Eine erfolgreiche SP ist für die Schweiz wichtiger denn je»

Die SP wird 125-jährig, Cédric Wermuth ist 27 Jahre alt. Auch wenn viele Forderungen des Generalstreiks von 1918 umgesetzt seien, habe seine Partei noch viel zu tun, sagt der Hoffnungsträger der Linken.

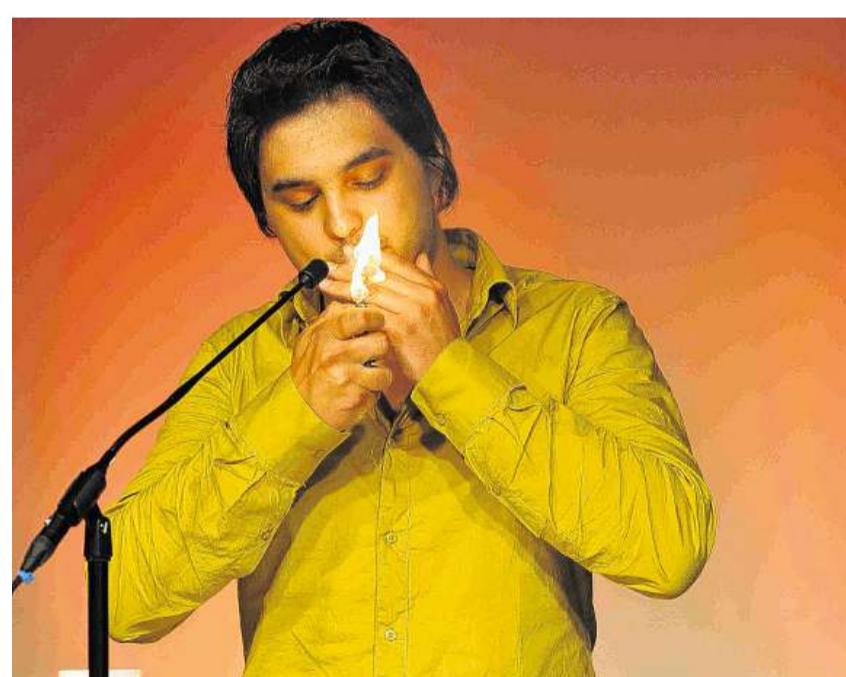
Mit Cédric Wermuth* sprach Dennis Bühler

Herr Wermuth, die SP hat im Verlaufe des 20. Jahrhunderts viele ihrer wichtigsten Ziele erreicht: mehr Rechte für die Arbeitnehmer, den Aufbau von Sozialwerken, die Einführung des Proporzwahl- und des Frauenstimmrechts. Braucht es die SP überhaupt noch?

Cédric Wermuth: Sie haben Recht, wir blicken auf eine außerordentlich erfolgreiche Geschichte der Sozialdemokratie zurück, europaweit und auch in der Schweiz. Mit einer Ausnahme – der Tilgung aller Staatsschulden durch die Reichen – sind alle Forderungen des Generalstreiks von 1918 umgesetzt worden. Aber die heutigen Herausforderungen sind riesig. Um nur die drei grössten zu nennen: Der globale Finanzkapitalismus bedroht die Demokratie, das Klima droht zu kollabieren und der Reichtum in unserer Gesellschaft ist so ungleich verteilt wie noch nie.

Seit 54 Jahren hat die SP zwei Sitze im Bundesrat. Ist die Partei nicht viel zu staatstragend geworden?

Die SP war Mitte des letzten Jahrhunderts bereit, sich in die Staatsordnung mit Parlament und Regierung einzurichten, da sie überzeugt war, ihre Ziele so eher zu erreichen denn als totale Oppositionspartei. Allerdings stimmt es, dass wir oft als sehr träge wahrgenommen wurden. Das ist eines



Der Rebell ist erwachsen geworden: 2008 zündete sich Cédric Wermuth an einer SP-Versammlung einen Joint an, jetzt hält er Reden im Nationalrat. Bilder Keystone



der grössten Probleme der Sozialdemokratie. Wir werden mitverantwortlich gemacht für die Fehler der bürgerlichen Politik, zum Beispiel bei der Finanzkrise oder in Migrationsfragen. Absurderweise hat es ausgerechnet die SVP geschafft, sich als Oppositionspartei zu positionieren, während wir dem politischen Establishment zugerechnet werden.

Seit einigen Jahren bringt wenigstens die Juso mit frechen Ideen wie der 1:12-Initiative frischen Wind in die langweilige SP.

Die Juso tut der SP enorm gut. Sie zeigt, wie man linke Politik angriff machen kann. Aber die SP hat grosse Schritte vorwärts gemacht. Unter Präsident Christian Levrat hat sich die

Stimmung stark verbessert, die Linie ist klar, wir sind bei den Leuten, die Kommunikation ist für die breite Bevölkerung wieder verständlich.

«Wir wurden oft als sehr träge wahrgenommen»

Levrat fällt primär mit an die anderen Parteien gerichteten Provokationen auf. Levrat schafft es, die SP von den anderen Parteien abzugrenzen, er greift sie mit gezielten Provokationen an. Er ist der Taktiker und Pragmatiker: Die

Frage, ob nun der SVP oder der FDP zwei Sitze zustehen, treibt ihn mehr um als die sozialdemokratischen Fernziele. Im Alltag ist es schwierig, sich im parteipolitischen Hickhack nicht zu verlieren. Ich sehe das an mir selbst, seit ich in den Nationalrat gewählt worden bin: Man läuft ständig Gefahr, sich im Kleinkleinspiel des Parlaments zu verlieren.

Das Hauptziel der SP ist es seit jeher, die soziale Gerechtigkeit zu verbessern. Hat es zeitweise an Ideen gefehlt, wie dieses komplexe Thema heruntergebrochen und wie damit mobilisiert werden kann?

Die Partei hat eine Durststrecke durchlebt. Heute aber ist das Gegen teil richtig. Im November wird über

die 1:12-Initiative abgestimmt, im kommenden Jahr folgen die Mindestlohn- und die Erbschaftssteuer-Initiative, danach kommt die Unternehmenssteuerreform III. Auch eine visionäre Idee wie das bedingungslose Grundeinkommen oder die Finanztransaktionssteuer kommen wohl vors Volk. Die SP ist ideal aufgestellt. Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit wird eines der prägenden Themen der nächsten Jahre sein. Eine erfolgreiche SP ist für die Schweiz wichtiger denn je.

* Mit 13 Jahren trat Cédric Wermuth den Jungsozialisten bei, deren Präsident er später wurde. 2011 wurde der Aargauer 25-jährig als SP-Vertreter in den Nationalrat gewählt.